

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fester Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 24,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 26,- M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Einzige Valuta-Rufflag, per Weis für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80.

Die achtspaltige Konversationszettel aber deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Fernsprechschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Fernsprechschlag. Kaufpreis Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516 4003, 4035, 4040, 4021.

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reaktionäre Winke für Spaa

Die Brandstifter

Die monarchistische Presse setzt ihr gewissenloses Treiben, durch verlogene Nachrichten über Putschabsichten der Arbeiterklasse auf die Konferenz in Spa einzuwirken, munter fort. Sie berichtet jetzt, daß sich in Braunschweig ein neuer Umsturzherd gebildet habe, es bestünde dort eine „rote Armee“ in Stärke von etwa 4000 Mann, gut bewaffnet und von einem Oberkommando geleitet, das aus russischen und nicht gefährlichen Reichswehr-Offizieren gebildet sei. Es wird sogar behauptet, daß sich das „Oberkommando“ bereits so stark fühle, durch öffentliche Anschläge hervorzutreten. Wenn solche Anschläge in Braunschweig tatsächlich erfolgt sein sollten, so ist ohne weiteres klar, daß sie von den militärischen Nachrichtenstellen besorgt worden sind. Diese sind es auch, die der Reichspressen das frei erfundene Material über die angeblichen Putsche übermitteln. Nach diesem Schema hat die Wehrmacht bisher immer gearbeitet, wenn die Entente auf die Einhaltung des Friedensvertrages drang, und sie tut es heute in einem verstärkten Maße, weil in Spaa endlich Ernst gemacht werden soll mit der Verabfolgung der schädlichen, überflüssigen und für die innere Gesundung des Landes höchst gefährlichen Reichswehr.

Zu allem Ueberflus hat jetzt eben der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Herr Hüring, erklärt, daß in der Provinz Sachsen absolute Ruhe herrsche, es bestehe keinerlei Putschgefahr, alle anders lautenden Meldungen seien frei erfunden. Herr Hüring verlangte deshalb die Aufhebung des Belagerungszustandes. Das hat die Reichspressen in helle Wut versetzt. Die beiden Rapp-Organen, die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“, verteidigen sich sogar dazu, die sofortige Absendung Hürings zu fordern, weil er die Geschäfte der Militärlisten durchkreuzt hat, und der „Deutschen Tageszeitung“ entzinkt dabei folgendes Gesandnis:

Herr Hüring trompetet seine Kaufare in demselben Augenblick heraus, wo in Spaa der Minister des Auswärtigen und der Reichswehrminister in der schwierigsten Lage sind gegenüber den Entensforderungen der Entente, und wo sie gerade mit dem Hinweis auf die innere Unsicherheit in Deutschland diesen Forderungen heizulommen versuchen. Der Herr Oberpräsident für Sachsen aber hält es für seine Aufgabe, ihnen, soweit es in seinen Kräften steht, das Konzept zu verderben und ihre Situation noch zu erschweren. Die Wichtigkeit der ganzen Hüringschen Auffassung von der Lage in Sachsen einmal angenommen, dürfte die Aufhebung des Ausnahmezustandes, der nun monatelang bestanden hat, wohl nicht so dringend gewesen sein, als daß man damit nicht noch ein paar Tage hätte warten können. Und wenn sie schon so dringend war, wäre es jedenfalls nicht notwendig gewesen, die im Hinblick auf Spaa geradezu verderbliche Motivatoren dafür in alle Welt herauszuschreien.

Hier wird also ganz offen eingestanden, daß die Putschgerüchte und der Belagerungszustand gebraucht werden, um in Spaa mit dem Hinweis auf die innere Unsicherheit in Deutschland den Forderungen der Entente auf Entlassung beizukommen. Damit wird von einem für diese Dinge gewiß zuständigen Blatte eingestanden, daß alle Nachrichten über innere Unruhen purer Schwindel sind, daß dieser Schwindel aber notwendig sei, um die Entente einzuschleichen, damit sie uns das Gnadengeschenk des Militarismus lasse. Die Regierung scheint mit dieser Motivierung durchaus einverstanden zu sein, denn sie hat die Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt, sicher auch, um ihre unhaltbaren Motivierungen in Spaa nicht selber lägen strafen zu müssen. Wir sind dem Rapp-Organ für dieses wertvolle Eingeständnis sehr dankbar. Es ist für uns ein scharfer Beleg dafür, daß die Wehrmacht die Rolle eines Brandstifters spielt. Sie hat im neuen Deutschland jede Vorkriegsbedeutung verloren. Um diese wieder zu gewinnen, legt sie selber das Feuer an, damit ihr Gelegenheit zum Löschen gegeben werde.

Die dritte Sitzung

Spaa, 7. Juli.

Die dritte Sitzung der Konferenz fand heute nachmittags 3 1/2 Uhr statt. Anwesend waren die Vertreter der 5 interalliierten Mächte und die deutsche Delegation, sowie die deutschen und alliierten militärischen Sachverständigen.

Interalliierte Besprechungen

Spaa, 7. Juli.

Wie „Le Soir“ meldet, haben sich Marschall Foch und Marschall Wilson lebhaft mit den kürzlichen militärischen Ereignissen an der polnischen Front beschäftigt. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die Polen in Spaa von den Alliierten keine Unterstützung durch Entsendung von Truppen, sondern die Entsendung von Waffen und Munition erbitten werden. Nach den Morgenblättern sind die Verhandlungen in der Frage der belgischen Priorität, die einen recht lebhaften Charakter hatten, bisher zu keinem Ergebnis gekommen. In der

belgischen Delegation bezweifelt man, daß die Frage in Spaa gelöst werden wird. Man werde zweifellos auseinandergehen, ohne sich über diesen Punkt verständigt zu haben.

Die Chefs der alliierten Regierungen hatten heute früh eine längere Besprechung über die türkische Frage.

Der französische Finanzminister Marsal ist heute früh aus Paris wieder hierher zurückgekehrt.

Gestern hatten Lloyd George und Millerand eine lange Unterredung. Sie haben dann später Venizelos empfangen und sich längere Zeit mit ihm besprochen.

Weitere Teilnehmer in Spaa eingetroffen

Reichsjustizminister Dr. Heinze traf mit dem Reichsanwalt Richter in Spaa ein, um über das Reichsgerichtsvorverfahren gegen die sogenannten Kriegsverbrecher vor der Konferenz Auskunft zu geben. Außerdem wird Geheimrat Schmidt vom Reichsministerium des Innern erwartet.

Zur Teilnahme an den Beratungen über die Kohlenfrage, die voraussichtlich alsbald beginnen werden, sind von der deutschen Regierung als Sachverständige folgende Herren dringlich nach Spaa gebeten worden: Hugo Stinnes, Geheimrat Hilger, Geheimrat Arnhold, Herr Lübbig, Herr Due, der Reichskohlenkommissar und Generaldirektor Konaeer.

General Le Rond, der Vorsitzende der interalliierten Kommission für Oberschlesien, ist Dienstag abend um 6 Uhr im Automobil in Spaa eingetroffen.

Der Minister des Innern Severing reiste gestern nach Spaa ab. Der Zweck der Reise ist vermutlich die Regelung der Angelegenheit der Sicherheitspolizei.

Die mangelnde Vorbereitung der deutschen Vertreter

H. R. Spaa, 7. Juli.

Das gestrige Ereignis war, so berichtet der Sonderkorrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“, eine harte Lektion, die aber den Vorzug hat, daß von jetzt an der Außenminister mehr in den Vordergrund treten wird und daß Fehrenbach gelernt haben wird, daß er sachlicher diskutieren muß als im Bierisch oder im Deutschen Reichstag. Das Auftreten Simons hat in Ententekreisen einen guten Eindruck gemacht. Man erblickt in ihm einen sehr fähigen Mann, der gestern mit großer Geschicklichkeit zwischen den Schwierigkeiten hindurchgeglitt und für die Unersahrenheit seiner Kollegen um Entschuldigung bat.

Inzwischen ist ein zweiter Tag verloren gegangen. Es ist sehr sonderbar, daß die Deutschen, nachdem sie am ersten Tage erklärten, keine militärischen Sachverständigen mitzubringen, am zweiten Tage zwar mit militärischen Sachverständigen erschienen, aber ohne Vorschläge. Die erste Folge davon ist, daß der Geduld der Engländer und Franzosen eine schwere Probe auferlegt wird. Die Konferenz wird viel mehr Zeit beanspruchen als man anfangs geglaubt hat. Wegen der Sache würde man vielleicht mit der Zeit nicht lachen, aber man wünscht keineswegs die unersahenen deutschen Unterhändler zu Unterhändlern zu ergreifen. Die Engländer wünschen, dem Konflikt ein Ende zu bereiten, und die Franzosen sind, ohne daß man ihre Geduld noch länger auf die Probe stellt, bereits nervös genug. Das ist eine große Gefahr für Spaa, wie man sie gestern erlebt hat.

Polen wünscht Aufschub der Abstimmung

Warschau, 6. Juli.

In der heutigen Sitzung des Sejm brachte der Abgeordnete Gdyni einen Dringlichkeitsantrag ein, der verfassunggebende Sejm möge an die Parlamente der verbündeten Mächte einen Aufruf ergehen lassen, um die Volksabstimmung hinauszuschieben. Der Antrag wurde mit sehr bedeutender Mehrheit angenommen.

Ferner wurde ein Antrag des Inhalts angenommen, daß die Bewohner der Volksabstimmungsgebiete, die durch das Ergebnis der Volksabstimmung der Republik zufallen werden, ohne Rücksicht auf die Nationalität von der Militärdienstplicht für acht Jahre freigesetzt werden sollen.

Polnische Friedensvorschläge

Warschau, 7. Juli. T. U.

In der nächsten Sitzung des Sejm werden die Sozialdemokraten den dringlichen Antrag einbringen, daß Polen sofort Sowjetrußland Friedensvorschläge macht.

Bergarbeiterunglück in Ungarn

Frankfurt a. M., 7. Juli.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Budapest: Durch Explosion eines Dynamitlagers im Ungarischen Schacht des Aniauer Kohlenbergwerks wurden 210 Bergleute getötet. 170 Leichen sind geborgen.

Lebensmittelunruhen in Königsberg

Königsberg, 7. Juli.

Auf dem Altstädtischen Markt und auf dem Fischmarkt wurde heute früh eine Anzahl Verkaufsstände geplündert. Die Verkäufer wurden mißhandelt. In die Menge auch ein Schutzgeschäft zu plündern drohte, erschien ein starkes Aufgebot Sicherheitspolizei mit Maschinengewehren und säuberte die Straße.

Die österreichische Krise

Von Otto Leichter, Wien

Die Revolution des November 1918 war im wesentlichen eine bürgerliche Revolution mit proletarischen Mitteln. In das, was das Bürgertum in dem Kampf um die politische Demokratie nicht erobert hatte, wurde durch die Revolution des November 1918 errungen. Das Proletariat, das diese Revolution mit seinen Mitteln durchgeführt hat, glaubte fast überall diese Revolution sei die proletarische Revolution, der Staat, der dadurch geschaffen, sei schon ein sozialistischer. So ist es zu erklären, daß sowohl in Deutschland als auch in Deutschösterreich Vertreter des Proletariats in die Regierungen der neuen Staaten eintraten, daß die Arbeiterklasse anfangs dem neuen Staatsgebilde nicht mit jener Voracht gegenübertrat, die es früher geübt und die auch jetzt am Plage gewesen wäre. Denn wenn auch die Republik und die politische Demokratie bessere Möglichkeiten bieten, den proletarischen Klassenkampf seiner Entscheidung zuzuführen, so sind sie es eben nur dann, wenn das Proletariat weiter kämpft und seine Forderungen immer mehr auf das Entscheidende, nämlich den Kampf um die Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung konzentriert.

Die ganze Krise, die der Sozialismus seit dem Ende des Krieges durchmacht, ist dadurch zu erklären, daß ein Teil des Proletariats sich fast ohne jeden Vorbehalt auf den Boden dieses neuen Staates gestellt hat, während der andere — immer stärker werdende — die proletarischen Massen zum Klassenkampf gegenüber dieser neuen Form des Klassenstaates auffordert. Diejenigen, die meinten, sie seien mit einem republikanischen Parlament des allgemeinen Wahlrechts schon am Ende ihres Zieles angelangt, werden Tag für Tag durch die eiserne Gewalt der Tatsachen darüber belehrt, daß sie in einem bürgerlichen Staate leben, daß die Bourgeoisie dem Proletariat eine Machtposition im Staate nach der anderen entreißt, daß sich die anfangs befeindigsten Gegner der Arbeiterklasse immer mehr zur herrschenden Klasse machen. Es ist zwar ursprünglich die Taktik des Bürgertums gewesen, weiter mit den Mitteln des Proletariats und auf seine Kosten sich einen Machtapparat gegen das Proletariat zu errichten, und es bedurfte der ganzen „Napoleon“ der deutschen Rechtssozialisten, um selbst mit aller Energie alle Mittel zur Errichtung einer bürgerlichen Klassenarmee bereitzustellen. Wo die Sozialdemokratie nicht so „naiv“ ist, dort ist eine solche Koalition ununterbrochenen Krisen ausgesetzt, die nichts anderes sind, als Versuche der proletarischen Vertreter, innerhalb der Koalition gegen die notwendigen Folgen einer solchen Koalition — die Steigerung der Macht der Bourgeoisie — anzukämpfen.

Das sind die wesentlichen Voraussetzungen der Regierungskrise in Deutschösterreich, die nun fast vier Wochen andauert und in diesen Tagen vor ihrem Abschluß steht. Sie ist ausgebrochen bei der Frage der Soldatenräte in der neu ausgearbeiteten Wehrmacht. Der sozialdemokratische Staatssekretär für Heerwesen hatte einen Erlaß zum Vollzug des neuen Wehrgesetzes herausgegeben, der Bestimmungen über die Soldatenräte enthielt. Die bürgerlichen Parteien in der österreichischen Nationalversammlung — Christlichsoziale und Großdeutsche — glaubten wieder einmal den Zeitpunkt für gekommen, um für diesen Fall eine rein bürgerliche Koalition zu bilden, den Sozialdemokraten in der Regierung eine taktische Schlappe beizubringen; sie interpellierten, und in der Debatte wurden die schärfsten Beschimpfungen unserer Genossen in der Regierung vorgebracht. Daraufhin zog der sozialdemokratische Verband der Abgeordneten die einzig mögliche Konsequenz und zog seine Vertreter aus der Regierung zurück, worauf die Gesamtdemission des Kabinetts erfolgen mußte.

Obwohl die Frage der Errichtung von Soldatenräten und damit im notwendigen Zusammenhang die Abschneidung der Rechte der Offiziere eine entscheidende Machtsfrage in dem Ringen zwischen Proletariat und Bourgeoisie darstellt, war dieser Gegensatz zwischen den Koalitionsparteien nur der äußere Anlaß für die Koalitionskrise. Die deutschösterreichische Arbeiterklasse hat die Koalition seit jeher als ein Uebel angesehen, während der ersten Zeit ihres Bestandes freilich als ein notwendiges Uebel, wenn man die Republik nicht den reaktionären Bestrebungen der bürgerlichen Parteien ausliefern wollte; später jedoch, als es sich immer zeigte, daß die Sozialdemokraten in der Koalition immer schwächer werden, daß die bürgerlichen Parteien die Sozialisierungsaktion sabotieren, daß die Vermögensabgabe vorerst auf die lange Bank geschoben wird und dann möglichst zahm ausfallen soll, daß in der Verfassungsfrage weitgehende Zugeständnisse an die föderalistischen, christlichsozialen Landesregierungen gemacht werden müssen, und daß schließlich die Koalitionspartner so tun, als trügen die Sozialdemokraten die ganze Verantwortung, obwohl sie nur die halbe Macht haben, da wurde der Widerstand gegen die Koalition in der Arbeiterklasse immer stärker. Gerade der Reichsarbeitererrat, der Anfang Mai tagte, zeigte die Mißstimmung gegen die Koalition sehr deutlich, und so bot der Vorstoß der Christlichsozialen in der Frage der Soldatenräte die willkommenen Gelegenheit, die Regierung den bürgerlichen Parteien ganz einfach „hinzuwerfen“.

Über schon der erste Tag nach der Regierungskrise zeigte die erbärmliche Feigheit des deutschösterreichischen Bürgerturns. Christlichsoziale und Deutschnationale überboten sich in Beteuerungen, sie hätten nie allein regieren wollen, und sie würden auch nie und nimmer allein die Regierung übernehmen. Demgegenüber wurde anfangs von unseren Genossen betont, die bürgerlichen Parteien hätten in der Nationalversammlung die Majorität und demgemäß die Regierung zu übernehmen. Allmählich wagten sich die Bürgerlichen mit einem Vorschlag hervor; sie regten an, für die Übergangszeit bis zu möglichst bald stattfindenden Neuwahlen ein Kabinett von sogenannten „neutralen Fachmännern“ als Übergangskabinett bis zu den Neuwahlen zu bestimmen. Diese „neutralen Fachmänner“ wären natürlich nichts anderes als heimliche Exponenten der bürgerlichen Parteien gewesen; unsere Genossen erklärten daher, es ist in die Bürgerlichen frei zu wählen, wen sie wollten, die Sozialdemokraten würden gegenüber einem solchen Beamtenkabinett in Opposition gehen. Darauf sofort wieder der eine Chor der Bürgerlichen: „Am Gottes willen, nur ja keinen Schritt ohne Sozialdemokraten!“, — und sie ließen den Plan des Beamtenkabinetts fallen. Schließlich schlugen unsere Genossen vor, ein sogenanntes Proporz-Kabinett zu wählen. Jede Partei solle eine Liste lediglich aus ihren Parteimitgliedern für die Wahl der Regierung aufstellen und nach der Anzahl der Stimmen, die in der Nationalversammlung für jede Liste abgegeben würden, sollte nach dem Proporz die Sitze in der Regierung aufgeteilt werden. Damit wird vielleicht zum ersten Male der Versuch gemacht, ein Kabinett zu wählen, das dem Grundsatz von der „Einheit des Kabinetts“ widerspricht, da ja jede Partei nur für ihre Kandidaten stimmt, ein einheitliches Regierungsprogramm und ein Kabinettschef, der eben die Einheit des Kabinetts verkörpert, unmöglich ist. Die bürgerlichen Parteien gingen auf diesen Vorschlag ein, aber plötzlich verlannten „den sächsischen Proporz“, d. h. eine „Neutralisierung“ der inneren Verwaltung. Unter diesen schönen Schlagworten verbarg sich nichts anderes, als daß die Christlichsozialen verlangen, das Staatsamt des Innern, die oberste Instanz für Polizei und Gendarmerie, mit einem ihrer Parteigänger zu besetzen, sie wollten sich also wiederum eine Rechtsposition gegen das Proletariat sichern. Dieser Vorschlag wurde ursprünglich von unseren Genossen abgelehnt, aber schließlich wurde zugestanden, daß ein Beamter Minister des Innern wird. Die Fraktion erklärte zwar, auf keinen Fall für seine Wahl zu stimmen, die Christlichsozialen müteten den „neutralen Beamten“ allein wählen. Ueber die Befehung der übrigen Ressorts kam eine Einigung zustande, ebenso darüber, daß für die Übergangszeit kein Regierungschef bestimmt, sondern nur ein christlichsozialer Staatssekretär mit dem Vorschlag im Kabinettsrat betraut werden soll.

So endet die fast vierwöchige Krise mit der Bildung eines Übergangsministeriums mit geringen politischen Aufgaben. Die Lösung ist vertagt bis zu den Wahlen, die im Oktober stattfinden sollen.

Preussische Minister gegen die Rechtsparteien

In der Preussischen Landesversammlung ging es gestern recht lebendig zu. Zunächst sprach der Abgeordnete von Richter für die Deutsche Volkspartei. Er wendete sich gegen unsern Fraktionsredner Genossen Leid und tat ganz entsetzt darüber, daß dieser den schärfsten Klassenkampf gegen alle bürgerlichen Parteien gepredigt habe. Seine weiteren Ausführungen liefen den Ministerpräsidenten Braun auf den Plan. Braun hielt scharfe Abrechnung mit den Rechtsparteien, gelobte die Herrschgelüste des pommerischen Landbundes.

Ihm folgte der Minister des Innern Seering, der seine Politik rechtfertigte und der Rechten unter Buischnauben ihrer Anhänger und stürmischen Beifall der Linken, blieb auf Fleh versetzte. Zu uns gewandt meinte er, daß die Sicherheitspolizei durchaus keinen militärischen Charakter habe und haben solle. Gegen die Einwohnerwehren und gegen die sapsittischen Elemente in der Verwaltung ginge er vor, wo er nur irgend könnte. Die Rechte tobte, schimpfte, einige Abgeordnete ballten die Fäuste; so kräftig war die Abrechnung.

Schließlich kam Abgeordneter Heilmann von den Rechtssozialisten zum Wort, der ebenfalls den Rechtsparteien gehässig in die Parade fuhr, aber im Gegensatz zu unserm Redner die Demokratie feierte. Den Ausführungen unseres Redners über die Klassenjustiz schloß er sich reiflos an. Weil Heilmann unserm Genossen Leid unterstellt hatte, daß dieser von der Versöhnung der Wüter gesprochen haben sollte, stellte Genosse Leid in einer persönlichen Bemerkung fest, daß er davon kein Wort gesagt hätte, und daß er, wenn er von solchen Beziehungen gesprochen hätte, er den Interessen der Kapitalisten aller Länder die Solidarität des internationalen Proletariats entgegengestellt haben würde.

Was kostet der deutsche Militarismus?

Der Wehretat, der gegenwärtig im Reichshaushalts-Ausschuß des Reichstages beraten wird, enthält die Forderung für das künftige Heer nur in Höhe von 100 000 Mann. Allein für diese Hälfte des gegenwärtig bestehenden Heeres beträgt die Besoldung jährlich 850 Millionen Mark. Der Gesamtsatz der Besoldung an sächsischen und persönlichen Kosten wird auf etwa 2 1/2 Milliarden Mark veranschlagt. Das sind nur die Kosten für 100 000 Mann. Da aber die Regierung bisher mit aller Entschiedenheit an 200 000 Mann festgehalten hat, so ergibt sich daraus, daß für dieses Heer 5 Milliarden Mark ausgegeben werden, also fast der gesamte Betrag, der aus der Reichseinkommensteuer eingeht.

Gibt es einen größeren volkswirtschaftlichen Widerstand als die Tatsache, daß fast der gesamte Ertrag der direkten Reichseinkommensteuer für einen völlig unproduktiven Zweck ausgegeben wird? Sie zeigt, daß das Bürgertum die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung und des Wiederaufbaues der Volkswirtschaft nur im Munde führt, in Wirklichkeit aber durch seine militäristische, gegen die Arbeiterklasse gerichtete Politik, alles tut, um diesen Aufbau unmöglich zu machen.

Deutsche Studienkommission nach Rußland

Zwischen der deutschen Regierung und Karl Radek ist feinerzeit vor seiner Reise nach Rußland u. a. die Vereinbarung getroffen worden, daß eine deutsche Studienkommission nach Rußland gehen darf, um die dortige wirtschaftliche Lage zu erforschen. Die Sowjetregierung hat nunmehr prinzipiell die Genehmigung zur Einreise dieser Studienkommission nach Rußland gegeben. Der Kommission gehören u. a. der ehemalige Staatssekretär a. D. August Müller, der Rechtssozialist Hermann Duesse sowie der Agrarpolitiker Hollmann an. Die Studienkommission ist

eine Privatunternehmung industrieller und politischer Kreise. An der Zusammensetzung ist in hervorragender Weise der Geheimkommerzienrat Deutsch von der A. G. beteiligt. Sobald die Zusammensetzung der Kommission endgültig erfolgt ist und die nötigen Formalitäten erledigt sind, wird die Studienkommission ihre Reise nach Rußland antreten.

Reaktionäre Waffenschiebungen

Während sich die Rechtsparteien und die Regierung im Schweiße ihres Angesichts bemühen, der Entente in Spa auszuweichen, so sehen, Deutschland brauche ein starkes Heer, da es sonst am Bolschewismus zugrunde gehe, betreiben die militärischen Stellen in Deutschland ihre geheimen Rüstungsarbeiten und legen die Bewaffnung der gegenrevolutionären Kreise ganz systematisch fort. Nach Pommern werden dauernd Waffen, Munition und sogar Geschütze verschoben. Fast die gesamten Waffenbestände der Berliner Einwohnerwehren sind nach Pommern gewandert, während sich auf dem Stettiner Bahnhofe ein geheimes Werdebureau befindet, das jeden Tag entlassene Soldaten auf die großen Güter befördert. Aber auch von Reichswehrröcken werden Waffen und Munition nach Pommern verschoben. Aus der Kaserne des Reichswehrlüftensabattillons 29 in Groß-Lichterfelde sind vorige Woche zwei schwere Lastautos mit Waffen und Munition auf die Güter in der Nähe Kolbergs verschoben worden, wo sich gegenwärtig der Stab der gegenrevolutionären Bewegung befindet. Die beiden Chauffeure haben für die Fahrt 5000 Mark Belohnung erhalten, weitere 4000 Mark ihnen versprochen worden. Die Ausfahrt aus der Kaserne hat der Waffenmeister Pöfeler bescheinigt, die Rückfahrt von Kolberg ein Major namens Klein. Die beiden Chauffeure sind nach der Fahrt in Berlin verhaftet worden, die Schiebungen aus der Kaserne in Lichterfelde gehen aber weiter. Durchschnittlich einmal in der Woche fährt nach ein Privatauto mit vier Herren (Offiziere in Zivil) vor und holt Munition ab. Die Pässe für diese Herren hat der Bataillonsadjutant Oberleutnant v. Stäppling ausgestellt, der auch Auskunft geben kann, wo die Munition hingeschafft wird. Auch die rechtsstehende Bevölkerung Lichterfelde ist bewaffnet worden.

Nachdem Pommern bis an die Zähne bewaffnet ist und die Güter mit entlassenen Soldaten überfüllt sind, die feinerzeit Arbeit verrichten, sondern unter der Führung von Offizieren auf den kommenden Schlag vorbereitet werden, wird jetzt die Bewaffnung der märkischen Agrarier in Angriff genommen. In den Kreisen Prenzlau und Templin sind massenweise entlassene Offiziere und Mannschaften der Freikorps Loewenfeld und Pfeffer untergebracht. Für Prenzlau ist der Major v. Kimmeler Leiter der Bewegung. Im Templiner Kreis liegt die Leitung in den Händen des Rittmeisters v. Arnim, der die Verteilung der aus dem Sennelager ankommenden Truppenverbände regelt. Auf den Gütern sind sämtliche modernen Waffen aufgestellt, vom Infanteriegewehr bis zum schweren Minenwerfer. Auf einzelnen Gütern befinden sich ganze Bataillone. Ebenso steht es im Landkreis Guben, in Beeskow, Landsberg a. d. W., kurz in allen märkischen Landgebieten ist die Reaktion an der Arbeit, um nach pommerischem Muster eine militärische Kampfgemeinschaft ins Leben zu rufen, die im Verein mit der vom General v. Seeckt von allen republikanischen Elementen säuberten Reichswehr die Pläne der Militärpartei verwirklichen soll; sobald die Zeit dazu reif geworden ist.

Was hier berichtet wird, sind Tatsachen, die wir jederzeit dokumentarisch belegen können. Die Behauptungen der Rechtspresse über die Bildung einer „Roten Armee“ sind purer Schwindel. Denn um eine Armee bilden und aufrüsten zu können, muß man vorerst einmal Waffen haben. Diese besitzt aber nur die Reichswehr und sie liefert diese nicht an Proletarier, sondern an das monarchistische Bürgertum, das mit der Wehrmacht durch gemeinsame politische Ziele auf das engste verbunden ist.

Die Neuregelung des Steuerabzuges vom Lohn und Gehalt

Die lebhaftesten und berechtigtesten Proteste gegen den 10-prozentigen Steuerabzug zeitigten die nachstehenden Ergänzungen des § 45 des Einkommensteuergesetzes:

- § 45 a.
- Bei den ständig beschäftigten Arbeitnehmern, deren Erwerbstätigkeit nach dem Dienstverhältnis vollständig oder hauptsächlich in Anspruch genommen wird, hat der Abzug gemäß § 45
- a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen für 5 M. täglich,
 - b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen für 30 M. wöchentlich,
 - c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten für 125 M. monatlich,
- zu unterbleiben.
- Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jede zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Person im Sinne des § 20, Abs. 2
- in dem Falle des Abs. 1, a um 1,50 M.,
 - in dem Falle des Abs. 1, b um 10,— M.,
 - in dem Falle des Abs. 1, c um 40,— M.,

Ob und inwieweit die Vorschriften der Absätze 1, 2 im einzelnen Falle anzuwenden sind, ist von dem Arbeitgeber festzustellen. Auf Antrag des Arbeitnehmers ist in Betrieben, in denen ein Betriebsrat besteht, der Betriebsausschuß oder der Betriebsobmann gutachtlich zu hören. Auf Anrufen eines Beteiligten entscheidet das Finanzamt endgültig. Ist die Entscheidung des Finanzamts nicht binnen einer Woche nach dem Zahlungstage anrufen, so ist der Abzug in vollem Umfange des § 45 vorzunehmen.

§ 45 b.

Arbeitnehmer, die nicht unter § 45 a fallen, können bei dem Finanzamt die Aufstellung einer Bescheinigung über den Hundertteil des Arbeitslohns verlangen, der von jedem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen ist. Das Finanzamt hat den Hundertteil nach dem mutmaßlichen Jahresbetrage des Einkommens zu ermitteln. Wird eine solche Bescheinigung nicht vorgelegt, so hat der Arbeitgeber 10 vom Hundert des Arbeitslohns in Abzug zu bringen.

§ 45 c.

Ueberschreitet der Arbeitslohn auf das Jahr umgerechnet und unter Berücksichtigung des § 45 a den Betrag von 15 000 M., so gilt für den einzuhaltenden Betrag nachstehender Tarif:

von 15 000 bis 30 000 M.	15 v. H.
„ mehr als 30 000 bis 50 000 M.	20 „
„ „ 50 000 „ 100 000 „	25 „
„ „ 100 000 „ 150 000 „	30 „
„ „ 150 000 „ 200 000 „	35 „
„ „ 200 000 „ 300 000 „	40 „
„ „ 300 000 „ 500 000 „	45 „
„ „ 500 000 „ 1 000 000 „	50 „
„ „ 1 000 000 M.	55 „

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1920 in Kraft. Die bis zum 1. August 1920 auf Grund der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes eingehaltenen Beträge werden auf die nach diesem Gesetze einzubehaltenden Beträge angerechnet.

Artikel 3.

Der Reichsminister der Finanzen erläßt die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes.

Das Raumburger Zuchthausurteil

Wir haben bereits in unserer gestrigen Morgenausgabe das Urteil des Raumburger Schwurgerichts gegen die Arbeiter aus Zeitz, die sich im März 1919 des Aufstuhns und des Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben sollen, eingehend gewürdigt. Die Angeklagten saßen fünfviertel Jahre in Untersuchungshaft. Während dieser Zeit wurde alles zusammengetragen, was zur Verurteilung eines harten Urteils erforderlich war. Kleinigkeiten wurden zu großen Gewalttätigkeiten aufgebauscht, und der Totschlag an einem Leutnant, der im Hintergrunde der Verhandlung stand, konnte keinem Angeklagten auch nur annähernd bewiesen werden. Es war ein Prozeß, wie er wohl selten einmal vor einem deutschen Gericht stattgefunden hat. Ueber 300 Zeugen waren geladen, den Geschworenen 282 Schuldfragen vorgelegt worden. Es sollte auf alle Fälle ein hartes Urteil erwirkt werden, und das ist auch erreicht worden, ging doch das Gericht in diesen Fällen noch weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. Die Urteilsbegründung deckt nicht den ganzen Charakter der Klassenjustiz auf, es heißt in ihr:

„Wenn geordnete Zustände herbeigeführt werden sollen, muß die Rechtsprechung mithelfen. Es geht nicht an, daß eine Revolution die andere jagt. Die Hauptrevolution war vorbei. Die im März vorigen Jahres hatte also keine Berechtigung mehr. Der Landfrieden ist in einer Weise gebrochen worden, daß der Rahmen der Anstalt ein sehr umfangreicher geworden ist. Es ist deshalb nicht möglich, die niedrigsten Strafen zu verhängen. Das Gericht hat alles, was zugunsten der Angeklagten spricht, erwogen und besonders ihre Verdienste während des Krieges berücksichtigt.“

Ja, das Gericht hat diese Verdienste so gut gewürdigt, daß gegen 28 Angeklagte 79 Jahre Zuchthaus und 53 Jahre Gefängnis verhängte! Eine widerliche Heuchelei, wenn da noch von einer objektiven Würdigung der Tatumstände gesprochen wird.

Der Vorstand der U. S. P. D. im Kreise Raumburg-Weißenfels-Zeitz hat gegen das Schreckensurteil des Raumburger Schwurgerichts folgende Entschlieung angenommen:

Die Arbeiterschaft des Kreises Raumburg-Weißenfels-Zeitz erhebt schärfsten Protest gegen das Schandgerichtsurteil des Schwurgerichts in Raumburg vom 3. Juli, durch das 28 Zeigende Arbeiter zu insgesamt 79 Jahren Zuchthaus und 52 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind. In dem Urteil kommt der ganze Haß gegen die Revolution zum Ausdruck, den der Hintergrund zu den Zeigenden Vorgängen am 1. März 1919 während des großen mitteldeutschen Generalstreiks bildete. Vorangegangen war die Ermordung der besten Führer des Proletariats, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner. Gesteigert wurde die politische Erregung durch den Bürgerkrieg, bei dem nach dem Ausspruch des Hauptmanns von Winterfeld selbst auf Säuglinge und Greise keine Rücksicht genommen werden sollte. Alle diese Momente hätten unparteiische Richter als Strafmaß in Rechnung ziehen müssen. Dadurch, daß sie es nicht getan haben, wird die Reihe der Klassenjustizurteile im demokratisch-republikanischen Deutschland um einen trassen Fall vermehrt. Wir erwarten von der Reichsregierung sofortige Aufhebung des Urteils und fordern die Arbeiterschaft zur Kundgebung auf, um dem Amnestie-Antrag der U. S. P. D. Fraktion den nötigen Nachdruck zu verleihen. Außerdem verpflichtet sich die Arbeiterschaft nicht eher zu ruhen, bis in Deutschland derartige Klassenjustizurteile unmöglich sind.“

Die Entschlieung ist bereits in verschiedenen großen Massenkundgebungen der U. S. P. D. gut geheissen worden.

Angst vor Totschlag

Wir berichteten in der gestrigen Morgenausgabe, daß der Führer des Freikorps Kulo verhaftet worden sei. Er sitzt gegenwärtig im Untersuchungsgefängnis Naumburg, auf wie lange, wissen wir nicht, da sich in der Rechtspflege der Republik die Gepflogenheit herausgebildet hat, Offiziere, auch wenn sie Wehrere Hochverräter sind, auf Ehrenwort zu entlassen. Bisher ist die Justiz mit den Würdern der Bressauer Arbeiter schon sehr zärtlich umgegangen. Zwei Offiziere, die den Nord an dem Genossen Schottländer begangen haben, hat man ins Ausland entlassen lassen. Die anderen Würder — im ganzen 11 Personen — sitzen mit den Resten des Freikorps Kulo im Lager Zeitz hin. Es ist zwar ein Haftbefehl gegen sie ergangen, aber die mit der Verfolgung beauftragten Polizeibeamten haben sich außerstande erklärt, den Befehl auszuführen. Das heißt nichts weiter, als daß sie Angst vor dem Totschlag haben. Und diese Angst mag bei dem ganzen Verhalten der Kulo-Banden ihre Berechtigung haben; die Hilflosigkeit der Polizei den Wehrbrechern in Offiziersuniform gegenüber ist aber typisch für die Rechtsverhältnisse im neuen Deutschland.

Eine zeitgemäße Anfrage

Klara Zeitzin und Dr. Leol haben im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht: Durch die Presse geht die Nachricht, daß die Entente die militärischen des russischen Zusammenbruchs Polens an Deutschland das Ersuchen stellen würde, Truppen, Kriegsmaterial usw. durch Deutschland zur Unterstützung Polens führen zu dürfen. Könnte die deutsche Regierung schon jetzt erklären, daß sie angesichts polnisch-russischen Krieges unbedingte Neutralität wahren, keinerlei Durchfahrten noch andere, Polen günstige Handlungen in deutschem Gebiete dulden werde?

Der belgische Geschäftsträger in Berlin Graf de Cerdove Denterghem ist abgerufen worden.

Dänische Hilfsaktion für die Heimendung Kriegsgefangener (Danaktion). Unter diesem Namen hat sich in Kopenhagen ein Komitee gebildet mit dem Ziel, Gelder für die Heimführung der Kriegsgefangener aus Sibirien und Rußland, unangesehen ihrer Nationalität, einzusammeln. Beiträge können in Deutschland fast allen Zweigstellen der Deutschen Bank und anderen Banken inoffiziell, und zwar auf das bei den Banken aufgerichtete Konto „Danaktion“ eingezahlt werden.

Immer noch Kriegsgefangene in Frankreich. Die Offiziersvereine der deutschen Republik hat an den Marschall Foch ein Schreiben gerichtet, in dem die Herausgabe der Kriegsgefangenen erbeten wird, die sich während der Gefangenschaft strafbare Handlungen zuschulden kommen ließen und deshalb zu Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Es wäre bringend zu wünschen, daß Frankreich diesem Ansuchen stattgibt, denn was die Gefangenen auch begangen haben mögen; es hing mit dem Krieg zusammen und der unglücklichen Lage, in die sie ohne ihren Willen gekommen waren.

Alkoholverbot im Abstimmungsgebiet. Die Entente-Kommission hat in Allenstein und Marienwerder für die Wahlperiode ein Verbot des Ausschanks von Wein, Schnaps u. a. Alkoholen angeordnet.

Zeitungsverbot im besetzten Gebiet. Die „Trierer Landeszeitung“ ist auf die Dauer von drei Tagen verboten worden, weil sie eine Mitteilung gebracht hatte, nach der Frankreich im Besitz von 100 000 Mann Truppen zu verfügen.

Der Metallarbeiterstreik im Saargebiet. Der Zustand in der Metallindustrie, von dem nur wenige Werke verschont sind, dauert an. Die Arbeiterschaft bewahrt mühselige Ruhe und hat sich bisher zu keinerlei Störung hinreissen lassen. Die Verhandlungen, daß es zu einer gütigen Einigung kommen wird, scheinen nicht zu mehr.

Gegen die Preissteigerungen

Protest der Berliner Gewerkschaftskommission

An das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Berlin, Tautenstraße.

Nach den in den letzten Tagen in die Öffentlichkeit gebrachten Mitteilungen plant das Ministerium eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um durchschnittlich 55 Prozent. Wir erheben gegen diese Absicht, der Landwirtschaft einen über ihre Erzeugungskosten wesentlich hinausgehenden Preiszuschlag zu gewähren, den allerhöchsten Einspruch. Die fortgesetzte Erhöhung der Lebensmittelpreise im letzten Jahre hat die Steigerung der Löhne wesentlich übertrieben, so daß die Lage der Arbeiterklasse sich weiter beträchtlich verschlechtert hat. Jede neue Erhöhung der Lebensmittelpreise würde Tausende von Arbeiterfamilien in die größte Notlage bringen. Der Widerstand der Unternehmer gegen Lohnerhöhungen ist ständig gewachsen. Eine Steigerung der Löhne, entsprechend dem Steigen der Lebensmittelpreise ist deshalb kaum zu erwarten. Die wachsende Bezeichnung der Arbeitermassen wäre die Folge dieser Preispolitik der Regierung.

Wir verlangen von der Regierung, daß sie dem Wunsche der Groß-Agrarier entgegensteht und daß sie die Landwirtschaft in Uebereinstimmung mit einem großen Teil der Landwirtschaft in Uebereinstimmung mit einem großen Teil der Landwirtschaft jede Erhöhung der Preise ablehnt. Die Lage der Arbeiterklasse leidet durch die Erhöhung der Preise, sondern sie erfordert, daß sofort mit dem schmerzlichen Abbau derselben begonnen wird, insbesondere mit dem Abbau des hohen Brotpreises.

Auch der Versicherung der Regierung, daß die Steigerung der Erzeugerpreise keine Erhöhung der Verbraucherpreise zur Folge haben würde, vermag die Gewerkschaftskommission keinen Glauben beizumessen. Sie erblickt darin vielmehr nur den Versuch, die Arbeiter, Angestellten und Beamten darüber hinwegzuführen, welche unerhörte Belastung ihre Lage durch diese Preispolitik an die Agrarier erfahren würde. Sollte die Regierung trotzdem ihre Absicht durchsetzen wollen, so werden weitere und größere Erschütterungen des Wirtschaftslebens die Folge sein. Hiermit zu warnen halten wir für unsere Pflicht.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Carl Bollmerhaus.

Dieser Protest der Gewerkschaftskommission zeigt den vollen Ernst der Lage, die durch die Absichten der Regierung geschaffen ist. Wenn die geplante Erhöhung der Erzeugerpreise um mehr als die Hälfte Wirklichkeit werden sollte, so ist eine schwere Erschütterung des Wirtschaftslebens unausbleiblich. So wenig wie die Arbeiter und die Angestellten in der Lage sind, die ihnen zugemuteten Lasten mit ihren jetzigen Löhnen zu zahlen, so wenig können das die Beamten. Alle diese Schichten müßten aufs neue den Kampf um die Erhöhung ihrer Löhne auf der ganzen Linie aufnehmen.

Die Regierung würde also ein sehr gewagtes Spiel treiben, wenn sie dem Drängen der ostelbischen Junker nach-

geben würde. Nach den übereinstimmenden Berichten der Sachverständigen ist eine durchaus günstige Ernte sowohl in Haarfürchten als auch in Getreide zu erwarten. Es liegt also, da die Erzeugungskosten der Landwirtschaft durch die Veranlassung zu der geplanten Erhöhung der Preise vor. Die bayerische Landwirtschaft hat sich in Erkenntnis der schweren Gefahren, die durch eine Erhöhung der Preise für die Lebensmittel eintreten würden, auch bereits gegen die Vorschläge des Reichsministeriums ausgesprochen und eine erhebliche Herabsetzung beantragt. Sowohl für Getreide als auch für Kartoffeln, Fleisch, Milch und Fett sollen wesentlich niedrigere Preise als beabsichtigt festgesetzt werden.

Die Regierung sucht aber die Erhöhung der Erzeugerpreise schamhaft zu machen mit dem Hinweis, daß der jetzige Brotpreis ausreicht, um die höheren Erzeugerpreise zu zahlen, und daß keine Erhöhung des Brotpreises eintreten solle. Das aber ist nur ein Täuschungsversuch. Irrend jemand muß doch die durch die Preiserhöhung entstehenden Milliardenausgaben tragen. Werden sie nicht direkt von den Konsumenten erhoben, so würde nur, wie das schon früher geschehen ist, die Bestreitung dieser Liebesgaben aus dem allgemeinen Steuersäckel erfolgen. Das aber ist genau so gefährlich wie die Erhöhung der Preise, weil diese Art der Deckung ebenfalls eine Belastung der Massen darstellt.

Nicht Erhöhung der Preise, sondern ihren Abbau fordert die Arbeiterschaft.

Verbrechen der Bauern am Volk

Der „Freie Saarbauer“ brachte kürzlich folgenden Aufruf der freien Bauernschaft an der Saar, der an alle Saarbauern gerichtet war: „Milchzeugung einschränken, Grünfütter zu Heu machen, das Heu verkaufen, kein Grünfutter kaufen, vorhandenes Grünfutter nicht für die Milchkuhe verfüttern, bereite es vor, die Milchkuhe allmählich abzuschaffen und an deren Stelle Rinder usw. zu halten und Futter zu verkaufen. Gebt dem Vieh Stroh zu fressen und die Milch lieber zu kaufen, dann könnt ihr Euer Grünfutter sparen. Milchverbrauch im eigenen Haushalt vergrößern. Bauern, trinkt Milch zu Euren Kartoffeln.“ Am Ende des Aufrufes steht: „Frisch auf zum Kampf“.

Dazu schreibt die „Saarbrücker Landeszeitung“: „Fast sollte man meinen, man habe es mit einem kranken Gehirn zu tun; es ist unglaublich, daß es Menschen mit gesundem Verstand geben kann, die angesichts der auch ihnen bekannten Tatsache, daß im Saargebiet die Milchnot so groß ist, daß nicht einmal für Kinder und Kranke nur halbwegs gesorgt werden kann, den Bauern den Rat erteilen können, die Milchzeugung einzuschränken.“

Wenn auch die Agrarier nicht überall so ehrlich sind wie ihre Genossen im Saargebiet, so handeln doch viele von ihnen nach den angegebenen Ratsschlägen. Den Anreiz dazu lieferte ihnen die Regierung mit ihrer letzten Erhöhung der Viehpreise.

der „Deutschen Zeitung“ täglich seine Leitartikel loslassen. Ebenso taucht in neuester Zeit der so plötzlich verschwundene, seitende Pressesache der „Regierung“ des Herrn Kapp, Herr Harnisch, wieder auf. Er ist anscheinend sicher genug, daß der Staatsanwalt sich seiner Person nicht bemächtigt und greift deshalb wieder nach Belieben in das politische Leben ein.

Der Massenmörder Schumann vor dem Schwurgericht

In der gestrigen Verhandlung wurde mit der Beweisaufnahme der Einzeltat begonnen. Die Anklage behauptet bekanntlich, daß der Angeklagte in mehreren Fällen, ohne daß die geringste Veranlassung dazu vorgelegen habe, auf harmlose Wanderer, Vagabunden und Spaziergänger geschossen habe. Ein derartiger Fall ist folgender: Der Kaufmann Girdel, der „Saarbrücker Bode“ und zwei junge Mädchen hatten am 6. Mai 1917 einen Ausflug nach dem Felsenbühl bei Saarbrücken unternommen. Wie die Zeugen Bode und Girdel bekundeten, bemerkten sie einen jungen Menschen in feldgrauer Uniform, der in auffälliger Weise in ihrer Nähe umherstrich. Den jungen Menschen sei ganz ängstlich zumute gewesen, da der Mann „so unheimliche Augen“ machte. Nach einiger Zeit fiel ein Schuß, der unmittelbar neben ihnen einschlug, gleich darauf ein zweiter, der Girdel in den Oberarm traf.

Schumann hatte dem Kriminaloberwachmeister Lahmann gegenüber zugegeben, der Täter zu sein, jedoch die Tötungsabsicht bestritten, er habe die Leute nur verjagen wollen. — Die zu diesem Fall vernommenen Zeugen kennen heute den Angeklagten Schumann nicht als den Täter wieder.

Auf Vorhalt des Landgerichtsdirektors Bizletti erklärte Schumann heute, daß er damals gezwungen worden sei, die Unwahrheit zu sagen und das sogenannte Geständnis abzulegen. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Frey befandete Zeuge Lahmann, daß Schumann f. Z. erklärt habe, er habe nur deshalb auf die Wanderer geschossen, weil diese ihn ärgerten und ihn in seiner Jagdleidenschaft störten.

Der Vorsitzende neigt dann zur Erörterung des Falles über, in welchem es sich um die Tötung des Nachwächters Engel in der Nacht zum 10. Mai 1917 handelt. Der Angeklagte hatte in der Voruntersuchung zugegeben, die Schüsse abgefeuert zu haben. Jetzt bestritt er, von dem Vorfall etwas zu wissen; er will auch das Haus Hauptstraße 23, dessen Abbildung vorgelegt wurde, nicht kennen. Die Zeugin F. Wesseler kann in dem Angeklagten nicht mit Bestimmtheit die von ihr beobachtete Person wiedererkennen. — Der Gendarmeriewachmeister Geiseler, der von Engel zu Hilfe gerufen worden war, hat, nachdem Engel sich von seiner Wohnung geschleppt hatte, sofort mit Hilfe einiger Dorfbewohner dem Täter nachgesehen, aber trotz aller Bemühungen nichts mehr von ihm entdecken können.

Bei der Fortsetzung der Erörterung über den Fall Engel fragte der Vorsitzende den Angeklagten, ob er denn nicht in der Voruntersuchung die Täterschaft zugegeben habe. — Angeklagter: Nein, Bork: Sie haben nichts davon erwähnt, daß zwei Frauenspersonen Sie angelächelt und Sie sich über diese geärgert hätten, daß Sie der einen einen Siegel gegeben hätten, daß aus deren Geschrei der Wächter hinzugekommen sei, Sie drückten hinter einem Baum genommen und die Schüsse abgegeben hätten, wobei Sie aber nicht die Absicht gehabt, den Wächter zu töten, sondern nur den Hund? — Der Angeklagte beantwortet alle diese Fragen mit einem fatigierten „Nein!“ und zwar so lächelnd, daß dieses Nein schon erschallt, ehe er weiß, welche Frage ihm vorgelegt werden sollte. — Zeuge Kriminaloberwachmeister Lahmann: Der Angeklagte hat ursprünglich bestritten, mit den Mordtaten etwas zu tun gehabt zu haben, später hat er erklärt, er habe von diesen Mordtaten allerdings gehört. In Gegenwart der beiden Frauen, die er vorgezogen hätte, hat er dann zugegeben, der Täter im Fall Engel zu sein. Das geschah, wie schon erwähnt, bei der Gelegenheit, als der Zeuge ihm die Lippe hochzog und nachwies, daß die von den Frauen befundene Zahnleiste des Täters wirklich vorhanden war. Da hat dann der Zeuge plötzlich gesagt: und damit haben wir auch den Täter im Falle Engel, worauf der Angeklagte sich auch als Täter bekannte. — Bork: Wie kamen Sie denn auf diese Bemerkung? Sie hatten dafür doch keinen Anlaß? — Zeuge: Das war gewissermaßen ein neugieriger Ueberfall, dem der Angeklagte, wie so mancher in anderen Fällen, erlegen ist. — Ein Geschworener: Wie stellt sich der Zeuge

vor, aus welchem Grunde der Angeklagte eine Tat zugegeben hat, die ihm gar nicht zu beweisen war? — Zeuge Lahmann: Wenn der Kriminalist zur rechten Minute das rechte Wort findet, dann fällt der Täter manchmal hinein.

Die alsdann vernommenen Zeugen, die nach Lahmanns Bekundung dabei gewesen sein sollen, als der Angeklagte in der Ueberrückung seine Täterschaft zugegeben habe, wissen näheres darüber nicht anzugeben.

Es wird sodann in die Beweisaufnahme über den Mord an Kiewitt eingetreten. Am 3. Juni 1919, dem 1. Pfingstfesttage, hatte der 22jährige Schlosser Robert Kiewitt mit seiner Frau Martha Reich einen Ausflug nach dem Felsenbühl bei Saarbrücken gemacht. Am 10. Juni wurden die Leichen der beiden jungen Leute am Nordrande des Sees im Schilf aufgefunden. Die Leiche des Mannes zeigte eine Schußwunde im Gesicht, die Leiche des Mädchens eine Schußwunde auf der Brust. Die Kleidungsstücke des Mädchens waren gewaltsam aufgerissen, Geld, Wertpapiere und Ausstattungsgegenstände fanden sich weder bei der Leiche, noch in der Nähe. — Nach der Aussage des Vaters Kiewitt hat er seinem Sohne eine Uhr mit eingravierter Inschrift geschenkt und diese Uhr mit befestigter Eingravierung der Aufschrift des Sohnes und ein Schilps desselben sind im Besitze des Angeklagten vorgefunden worden. Der Zeuge erkennt die Sachen mit aller Bestimmtheit als die seines Sohnes wieder und bestreitet ebenso bestimmt, daß von einem Selbstmorde der jungen Leute die Rede sein könnte, denn dazu habe auch nicht die geringste Veranlassung vorgelegen.

Bei der Vernehmung der Mutter des ermordeten Kiewitt konnte es zu einer dramatischen Szene. Als der Vorsitzende ihr einen von dem Kriminaloberwachmeister Lahmann in der Wohnung des Angeklagten beschlagnahmten Selbstbindeschlupf vorzeigte, brach Frau Kiewitt in lautes Schreien und Wehklagen aus. Jammert, das ist der Schlupf von meinem armen Sohn, dem der Hund verfluchte da, ermordet hat. Frau K. will sich auf den Angeklagten stürzen, der mit verhörrten Armen und ohne eine Miene zu verziehen, in der Anklagebank steht. Der Vorsitzende beruhigt die bedauernswerte Frau, welche sich weinend auf der Zeugenbank niederläßt, nachdem sie sämtliche ihr vorgelegten Sachen, auch den Rucksack, der bei Schumann gefunden war, mit aller Bestimmtheit als das Eigentum ihres Sohnes wieder erkannt hat.

Die Verhandlung wurde hierauf auf Donnerstag 9½ Uhr vertagt.

Preussische Landesversammlung

149. Sitzung, 7. Juli 1920.

Wiederum werden eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen debattiert. Dann wird die abgebrochene Debatte fortgesetzt.

Herr v. Richter: Wenn sich die Unabhängigen Sozialdemokraten gegen den Vorwurf wehren, mit der Entente im Bunde zu stehen, dann verweise ich nur auf den Fall Braß. Aber auch der Abg. Leib hat gestern der Entente Wasser aus die Röhren geleitet. Ich bedauere auch, daß er die von einem Bericht durch Urteil (requisitorischen) Marburger Studenten als Mörderbanden bezeichnet. Wir wenden uns dagegen, daß Beamte lediglich ihrer politischen Ueberzeugung wegen entlassen werden, ganz im Widerspruch mit der Reichsverfassung.

Ministerpräsident Braun: Im Hinblick auf Spaas will ich mich allgemeiner politischer Ausführungen enthalten. Ein Wort über Ostpreußen. Ich hoffe und wünsche, daß trotz aller Schikanen streit handelt es sich in Wahrheit darum, daß der pommerische der Polen der 11. Juli ein Siegstag des Deutschums werden möge. (Leb. Beifall rechts.) Bei dem pommerischen Landarbeiter-Landbund auf Kosten der Ernährungswirtschaft des deutschen Volkes eine Nachtrage zur Entscheidung bringen wollte.

Minister Severing: Solange die Regierung das Vertrauen der Mehrheit der Landesversammlung besitzt, wird sie fortfahren, die Politik zu treiben, die sie zur Festigung der jungen Republik für erforderlich hält. Herr v. d. Osten hat sich ganz allgemein dagegen gewandt, daß Arbeiter in Verwaltungsposten berufen werden. Er hält eben den Arbeiter an sich für nicht befähigt zum Verwaltungsdienst. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Wir glauben, daß die Staatsinteressen bei Ihnen sehr schlecht aufgehoben gewesen sind und sein würden, sonst wären wir sehr gern bereit, Ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Staatslust zu beweisen. Die vom Abg. Leib angegriffene Sicherheitspolizei hat keinerlei militärischen Zweck. Sie soll nur Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten. Solange die andern noch über Maschinengewehre, Handgranaten und Kanonen verfügen, können wir nicht daran denken, eine weniger schwere Bewaffnung durchzuführen. (Zuruf: Arbeiterwehren.) Ungeprüfte Arbeiter sind nicht gerade die zuverlässigsten Sicherheitsorgane.

Von der Sicherheitspolizei sind 75 Prozent gewerkschaftlich organisiert.

Da es noch andere Stände gibt und wir kein neues Mißtrauen aufkommen lassen wollen, müßten wir auch diese berücksichtigen. Beauptet wurde ferner, daß noch immer an zahlreichen Orten die Einwohnerwehr besteht. Das ist richtig. Wo ich davon erfahre, schreibe ich sofort gegen diese illegalen Organisationen rücksichtslos ein und löse sie auf.

Abg. Goll (Dem.): Wir haben viel Worte der Kritik gehört, aber keinen Weg gesehen erhalten, wie wir aus der Not herauskommen. Auf dem Wege der Sozialisierung ist es nicht zu machen. Wir müssen die Arbeitszeit verlängern.

Finanzminister Lüdemann: Ich habe keinen Beamten wegen seiner politischen Ueberzeugung entlassen. Erst als einige Beamte auf meine Frage, ob sie glauben, mit mir zusammenarbeiten zu können oder ob eine andere Regelung erwünscht sei und in sehr unaufrechter Weise gegen mich gearbeitet wurde, habe ich zu dem letzten Mittel gegriffen. Die Wissenschaft wird von uns in der möglichsten Weise gefördert werden. In der Beamtenbefolgung halten wir eine einheitliche Politik in Reich, Staat und Gemeinde für durchaus erwünscht.

Abg. Klingemann (Nat.): Wir sind keine Klassenpartei. Sozialdemokraten konnten früher nicht in maßgebende Stellen gelangen, weil sie den Staat nicht regierten. (Zuruf: Erkennen Sie die Republik an?) Keineswegs. (Ra also!) Aber wir stellen uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen. (Stürmische Heiterkeit.) In der Schule muß auf gesunde Schulung gehalten werden. Die uns aus dem Osten zuströmenden Ostjuden schaden uns nicht nur an unserem Gut, sondern auch an unserem Blut.

Abg. Heilmann (Soz.): Die Verarmung der Kräfte durch die Wahlen vom 6. Juni betragen kaum 2 Prozent, deshalb braucht die Landesversammlung ihre Arbeiten nicht als beendet anzusehen. Aus dem Etat sei erwähnt, daß für Tumultschäden 600 Millionen, für Wohnungsbau nur 60 Millionen eingelegt sind. Das heißt, die Partei des Kapp-Putsches zerkört zehnmal mehr, als wir aufbauen können. Die Deutschnationale predigen Klassenveröhnung nach innen, rücksichtslosen Kampf nach außen. Die Unabhängigen Klassenkampf nach innen, nach außen Ueberveröhnung. Beide Theorien sind falsch. Wir stehen auch auf dem Boden des Klassenkampfes und wollen ihn durch Demokratie vernünftlichen.

Die Unabhängigen begehen den Fehler, den Massen einen tiefen Haß gegen die eigenen Ausbeuter einzuflöschen, nicht aber einen ebenbürtigen gegen die Foch und Clemenceau. Die aber bedürfen das Volk mehr als je ein Teilnehmer im eigenen Lande es getan hat. (Leb. Zwischenrufe b. d. Unabh.) Was sich jetzt bei der Justiz in Rittel und Westdeutschland abspielt, ist ein ungeheurerlicher Zustandsfall, wie ihn die Welt noch nie erlebt hat. Die maßlose Preissteigerung für Getreide durch den Reichsernährungsminister wird in eine Katastrophe ausmünden.

Genosse Leib stellte in persönlicher Bemerkung fest, daß er von Ueberveröhnung nicht gesprochen hat. Hätte er die internationalen Beziehungen berührt, dann nur in dem Sinne des Zusammenhanges des Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus.

Nächste Sitzung heute mittag 12 Uhr.

Der Boykott gegen Ungarn

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Wien, 7. Juli.

Auf die Weisung der Pariser Reparationskommission haben zwei Mitglieder der Wiener Reparationskommission, Nicot und der Wiener englische Bevollmächtigte Lindber, nach Budapest, um die Angaben über den weißen Terror zu prüfen. Die Pariser Kommission beschloß diese Nachprüfung, weil in der letzten Zeit unzählige Angaben und Protokolle über Gräueltaten des Offiziers-Detachements in Paris eingegangen. Die Pariser Reparationskommission will sich Informationen einholen, ob eine Lage geschaffen werden kann, die die Sicherheit des Lebens und Vermögens der dortigen Bürger garantiert.

Der englische Wiener Bevollmächtigte vertritt in Budapest den deutschen britischen Highcommissioner Hohlner, der den weißen Terror klagt.

Auf Grund des Beschlusses der Scarborougher Konferenz der Labour Party erschien am 30. Juni im englischen Auswärtigen Amt eine Kommission, die von diesem Amt Hilfe gegen den weißen Terror in Ungarn forderte. Lord George gab der parlamentarischen Kommission der Gewerkschaften das Versprechen, unverzüglich die notwendigen Schritte zu unternehmen, um den gegenwärtigen ungarischen Verhältnissen baldigst ein Ende zu bereiten.

Wedgwood erklärte im Unterhaus, die Labour Party verlange die sofortige Einstellung aller Gräueltaten, die Bekräftigung aller schuldigen Personen, die geschwähigste Freiheit der ungarischen Arbeitergewerkschaften und verlange, daß die Westmächte diese Forderungen garantieren.

Der Boykott in Ungarn dauert ungeschwächt fort. Die Liebesgaben der amerikanischen Hilfsaktion können nur mit Erlaubnis des Boykottkomitees nach Ungarn gelangen.

500 Waggons für Ungarn bestimmte slowakische Kohle wurde von den slowakischen Eisenbahnen dem Elektrizitätswerk Wien zur Verfügung gestellt.

In den Ost-Epurgenden Ungarns, besonders in der Heimat des Helden Kocsmeter ist unter der Bauernschaft eine starke, auch politisch geführte Bewegung zur Abkündigung des Boykotts, welcher die ungarischen Ökonomie und Gemüsegüter ruiniert, vorhanden.

Das offizielle ungarische Telegraphenbureau meldet, daß der Boykott bisher nicht die geringste Störung oder Ueberdeutung im inneren Leben Ungarns verursacht habe. Im Gegenteil sei die Lebensmittel-, Ökonomie- und Gemüsegüterversorgung der Hauptstadt weit besser, und die Preise auf ein Drittel des früheren Standes gesunken. Die Bevölkerung sei damit so zufrieden, daß sie wünsche, diesen Zustand auch unabhängig vom Boykott andauern zu lassen.

Die ungarischen Machthaber scheinen die ganze übrige Welt für ebenso borniert zu halten, wie sie selbst sind. Warenandrang infolge Absperrung vom Markte bedingt Preissturz, bedingt natürlich Erschütterung der ländlichen Produktion. Daß die Bauern das in Ruhe und Vergnügen hinnehmen, glaubt doch kein Mensch. Wie es in Wirklichkeit aussieht, geht aus unserer Drahtmeldung aus Wien hervor. In den bekannten Merkmalen der ungarischen Terroristenregierung stellt sich nun noch eine grenzenlose Dummheit.

Gute Zeit für Hochverräter

Sicher ist noch nicht ein einziges Verfahren gegen einen der Kapp-Fürsich-Verbrecher eröffnet worden. Die Gerichte, die sonst innerhalb 24 Stunden die Ururteilung unschuldiger Arbeiter vollziehen, haben in fast 5 Monaten noch nicht die Zeit gefunden, endlich die Ururteilung der Landesverräter und Helfershelfer des Herrn Kapp vorzunehmen. Diese Herren tauchen bereits zum großen Teil wieder ungestört und ungeniert in Berlin auf, bewegen sich in voller Freiheit, ja, sie greifen bereits wieder in das politische Leben ein und der Staatsanwalt unternimmt nicht das Geringste gegen sie. So kann beispielsweise einer der Pressesche des Herrn Kapp, der Herr von Heimbürg, der sogar die Verhaftung des ehemaligen Pressesche des Reichsregierung, des Herrn Breuer, in den Kapp-Tagen versucht hat, heute in

Jetzige Preise!

Punktmull ca. 70 cm breit Meter **16⁵⁰**
Baumwoll-Musseline ca. 80 cm breit . Meter **18⁵⁰**
Batist reine Wolle, doppeltbreit, grosses Farbensort. . Meter **39⁵⁰**
Paillette Seide, eleg. Kleiderware, doppeltbr., viele Farben Meter **69⁵⁰**
Bluse aus gestreiftem Waschstoff mit Matrosenkragen **19⁷⁵**
Regenmäntel imprägniert **190⁰⁰**
Untertaillen mit breiter Stickerei garniert, auch im Rücken, teils Banddurchzug **29⁵⁰**
Korsette mod. lange Form, natur u. modefarb., vorzügl. Stoff **32⁵⁰**

Herren-Taghemden aus gutem Hemdentuch **54⁵⁰**
Oberhemden weib, mit farb. Einsatz u. Klappmansch. **88⁵⁰**
Selbstbinder große Musterauswahl **14⁵⁰**
Herren-Stepphut **38⁵⁰**
Seiden-Handschuhe Perlfilet, 2 Druckknöpfe . **9⁷⁵**
Damen-Halbschuhe braun, moderne Formen **150⁰⁰**
Mädchen-Waschkleid 75 cm lang **32⁰⁰**
Taschentücher für Damen, m. gestickt. Buchstab., Stück **3²⁵**

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE
ALEXANDER-PLATZ
FRANKFURTER ALLEE

Theater und Vergnügungen
Volkstheater
Bruder Martin
Neues Volkstheater
Großes Schauspielhaus
Kammerspiele
Kleines Schauspielhaus
Theater des Westens
Leipzig-Theater
Geopolitane Konstantin
Deutsches Schauspielhaus
Rose-Theater
Neues Operettenhaus
Prinzessin Friedl
Trianon-Theater
Maskerade
Bellevue-Theater
Der große Erfolg
Die Kaskadisten
Walfahrt-Theater
Sommerth. „Groß-Berlin“
Chemaliges Voigt-Theater

Berliner Prater
 12 Variete-Sessionen 12
Großer Ball
Elite-Sänger
Kammer-Spieltheater
Apollo-Theater
Neue Welt
Schaubühne

Wänner-Verein
Freiheit-Verein
Möbel
Kupfer 7,50 M.
Haarnisse

Wo ist jeden Mittwoch bzw. Donnerstag
Elite-Brillant-Feuerwerk u. großes sensationelles Varieté-Programm

Mittwochs **?** Donnerstags

Ballschmieders | Friedrich-Wilhelmstädt.
VARIÉTÉ-GARTEN
 3adstr. 16 (Gesundbr.) | Chausseestr. 30 (nahe Invalidenstr.)

Deutscher Metallarbeiter-Verein Hattingen
Geschäftsführer gesucht
 Das Gehalt regelt sich nach den Verhältnissen der Generalversammlung in Hattingen mit den dort. Feuerwerksgenossen.

Täglich frische Seefische u. Räucherwaren
Spedition Hoffmann, Falkenberg b. Grünau, Germanenstr. 82/84
Zeitungsausträgerin

!! Es wird alles billiger !!
!! Nein, es ist alles billiger !!
Paul Patzki, Versand feinerer Waaren, 25.

In den nächsten Tagen erscheint:
Das Reichseinkommensteuergesetz
Berlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Preisherabsetzung

Jackell-Anzüge halbhare, kräftige Stoffe, gute Futterarbeiten, moderne Verarbeitung von 1150,- auf **790,- M.**
Jackell-Anzüge herbe, strapazierfähige Qualität in soliden Mustern von 950,- auf **695,- M.**
Jackell-Anzüge nur in kleinen Größen, bestehend aus marrocco Jackett u. Weste und vernehm. gestr. Hose fest tragbar von 850,- auf **450,- M.**
Touristen-Anzüge Joppe und Brochee von 850,- auf **690,- M.**
Hosen selbsteinstreifm. von 250,- auf **180,- M.**
Sommer-Palciots marrocco Cheviot, la Verarbeitung von 650,- auf **490,- M.**

Besonders billige Preise für Knaben-Waschanzüge:
 36,-, 40,-, 45,-, 50,-, 55,-, 65,-, 75,- 31.

BaerSohn
 Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Todes-Anzeige.
August Keitsch
Wilhelm Laganeck
Karl Giese

Deutscher Bauarbeiter-Verein
Max Leue
Altmetalle
Karl Latner

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands
Außerordentl. Mitglieder-Berammlung

Münzen :: Briefmarken
Zahngelbte, Platin, Goldbruch, Silberbruch
Wirkaufen
Stoffe, Seide
Boten-Stramen

Man, den Kindern eine freie, geistig nicht anstrengende Erholung zu geben. Auf meiner Dienstreise zur Beschäftigung unserer Ferienkolonie in Brerow hatte ich Gelegenheit, verschiedene Kolonien zu besichtigen. Außer den oben geschilderten Zuständen sind mir außerordentlich handliche Verhältnisse zu Gesicht gekommen. In einem Heim der Groß-Berliner Ferienkolonie waren die Kinder in Bodenlagern untergebracht, die so niedrig waren, daß ein Erwachsener nicht aufrecht stehen konnte. Die Betten waren so eng gestellt, daß die Kinder eins über das andere wegsteigen mußten. Die tollsten Zustände waren im Reutköllner Heim in Brerow. Die Betten waren präpariert zusammengestellt. Die Kinder lagen wie die Heringe in diesen Betten. Hier hat man die Kinder aus dem Glend, wo 2 ja 3 Kinder in einem Bett liegen mußten, herausgenommen, dort pfercht man sie noch viel schlimmer zusammen. Abgesehen von der Feuergefahr ist schon aus hygienischen Verhältnissen eine betartige Unterbringung der Kinder zu verurteilen. Ein großer Krebshaufen ist, daß diese Kolonien meist privat untergebracht sind, wo die Besitzer recht viel daran verdienen wollen. Trotzdem läßt sich auch hier was ordentliches schaffen, was das Treptower Heim, welches im Sanatorium Dr. Ben's untergebracht ist, beweist. Unsere Genossen in den Gemeindeparlamenten und den Großbetrieben mühten sich mehr als bisher dafür einzusetzen und selbst einmal dort die Kontrolle vornehmen, damit endlich solche Zustände aufhören. Nicht auf dem Wege der Wohlfahrtspflege sind solche Fragen zu lösen, sondern einzig und allein durch eine Wohlfahrtspflege auf breiterer Grundlage. Hat der Krieg für Förderung großer Kulturwerke Milliarden verschlungen, so sollte man hier, wo es sich um den Wiederaufbau handelt, auch die nötigen Mittel bereit stellen.

Vau l S ch l e c h t, Gemeindevertreter, Berlin-Treptow. Aus den Reihen unserer Leser gehen über die Ferienkolonien täglich Beschwerden ein. Es wird lebhaft darüber Klage geführt, daß bei Verteilung der Verpflegung grobe Verstöße vorkommen. Auch über die Art der Behandlung der Kinder, über Mißhandlungen usw. liegen Klagen vor. Sollten diese Zustände durch diese Worte keine Milderung erfahren, dann werden wir diese Mißstände näher beleuchten und die Prügelpädagogen sowie ungetreue Führer öffentlich brandmarken.

Noch keine inländischen Frühkartoffeln
Der Magistrat Berlin teilt mit: „Die Frühkartoffelernte hat sich leider noch weiterhin verzögert, so daß größere Zufuhren bisher nicht erfolgten, auch für die nächsten Tage noch nicht zu erwarten sind. Bisher werden Frühkartoffeln nur aus einzelnen wenigen Kreisen, in denen infolge der günstigen Bodenbeschaffenheit und besonderer Behandlung schnellere Reife erfolgt, in sehr geringen Mengen geliefert. Der Magistrat wird deshalb die Gültigkeit der Abschnitte 28a und b zum Bezuge von 2 Pfund Frühkartoffeln verlängern. Soweit die Händler mit inländischen Frühkartoffeln vom Magistrat beliefert werden, die sie für 50 Pfg. für das Pfund abgeben müssen, wird eine genaue Ueberwachung des Geschäftsbetriebes dahin vorgenommen, daß der Händler nicht diese als ausländische Kartoffeln verkauft.“

Kriegsbeschädigte werden nicht geduldet. Das scheint der Grundsatz zu sein, nach dem im Konzertgarten von Zennert in Treptow das Publikum bewertet wird. Nach einer Mitteilung, die uns zugeht, wollten am Sonnabend zwei nervenranke Kriegsteilnehmer das Konzert in dem genannten Lokal besuchen, wurden jedoch von dem Kassierer zurückgewiesen. Infolge der Aufregung, die hierdurch bei dem umstehenden Publikum entstand, verfiel der eine Kriegsbeschädigte später in Krämpfe. In den Kriegsjahren wird in diesem Garten wohl so manches Mal „Die Nacht am Rhein“ gestiegen sein, heute aber wird der Krieger, der seine Gesundheit geopfert hat, wie ein Ausfälliger behandelt. Vielleicht könnten die Kriegsgewinnler, das Stammpublikum in jenen Lokalen, an ihnen Rastlos nehmen.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei der neuen Stadtverordnetenversammlung hat sich konstituiert. Sie wählte zu Vorsitzenden die Genossen Dr. West und Gabel-Lichtenberg, zu Schriftführern H. Müller und Frau Demming, zu Beisitzern Dr. Herz, Schneider-Reußkölln, Pfeiffer-Stralau, und zum Kassierer Herbig.

Zur Nachahmung. Wie immer bei Demonstrationen haben auch gestern wieder die Arbeiter der U. E. S. Hennigsdorf eine Sammlung zugunsten der politischen Gefangenen veranstaltet. 1725,39 Mark war der Ertrag der Sammlung im Lustgarten, der für die politischen Gefangenen durch den Genossen Scherff abgeliefert werden konnte.

Ward in einem Privatlogis. In der Marienstraße 18 wurde gestern in dem im ersten Stockwerk belegenen Pensionat eine Abmisseterin in einem Flurzimmer mit durchschnitener Kehle in dem blutdurchtränkten Bett aufgefunden. Der Begleiter der Ermordeten, ihr angeblicher Ehemann, war mit sämtlichen Sachen verschwunden. Das Paar war am 30. Juni zugezogen und hatte sich in das Fremdenbuch als der am 2. Mai 1887 zu Köln geborene Photograph Emil Schubert und Ehefrau Agnes, geborene Seifert, geboren am 10. Oktober 1898 zu Einmissetel eingetragen. Die angegebenen Personalien sind aber jedenfalls falsch, auch scheint Schubert garnicht aus Köln zu stammen, denn er so wohl wie seine Begleiterin sprachen Hamburger Mundart. Der angebliche Schubert wird sehr eifrig von der Kriminalpolizei gesucht. Er ist mittelgroß und blond und trug eine getreifte Hölzernen schwarzen Cutaway und einen schwarzen, eingeknickten Hut. Die Kriminalpolizei hat für die Aufklärung des Verbrechens eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Friedenau. Am Sonntag, den 11. Juli veranstalten die Arbeitervereine der südwestlichen Vororte ein Turn- und Spielfest auf dem jüdischen Spielplatz, Eingang Schwabacher Straße. Programm: Allgemeine Freilübungen, sportliche Wettkämpfe und Wettspiele, Konzert der Tempelhofer Turnkapelle. Beginn 3 Uhr, Eintritt 50 Pfg., Kinder frei.

Weißenseer Jugendamt. Heute abend 7 1/2 Uhr Besprechung der am Jugendamt interessierten Parteifunktionäre der U. E. S. mit dem Arbeiter-Sportrat im Restaurant Masche, Berliner Allee.

Aus den Organisationen

U. E. S. Funktionärinnen Groß-Berlin. Am Freitag, den 9. Juli, abends 6 Uhr, sehr wichtige Sitzung in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstr. 56.
6. Bezirk. Freitag, 7 1/2 Uhr, Sitzung der Gewerkschafts- und Kätekommissionen.
6. Bezirk. Am Sonnabend, 10. Juli, findet ein großes Sommerfest im Garten des Kol-Theaters, Große Frankfurter Straße, statt. Anfang 3 Uhr. Eintrittskarten 2 Mk (Kinder frei) sind bei den mit Plakaten bezeichneten Stellen, Bezirksführern und beim Kassierer W. Rejner, Strausberger Str. 13, zu haben. Eine öffentliche Kasse findet nicht statt.
7. Bezirk. Vorstellung im Volks-Theater am 12. Juli, die Internationale. Schritte 3 Mk, sind bei allen Funktionen von Sonntag ab nur noch bei dem Kassierer A. Dietrich, Rosinertener Str. 46, zu haben.
8. Bezirk. 1. Abteilung. Heute 7 Uhr außerordentliche Abteilungsversammlung im Lokal von G. Thorne, Thorne Str. 6, Ecke Gerbenstraße.
11. Bezirk. 4. Abteilung. Donnerstag, 7 Uhr, bei Rätter Abteilungsversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung Berlin-Brandenburg. Die Genossinnen und Genossen, die sich an der Einbürgerung des Genossen Helmig beteiligen wollten, treffen sich um 1/2 Uhr am Antoniaplatz.
12. Bezirk. Donnerstag, 7 Uhr, Gewerkschafts- und Kätekommission, Versammlung bei Strauß, Tappell-Str. 28.
14. Bezirk. Heute 7 Uhr Verhandlung bei Kaiser, Schloßstraße 24.
18. Bezirk. Vollversammlung der Kommunal-Kommission Freitag 7 Uhr Christenallee 6, Schulstraße.
Treptow-Sonnenbühnenweg. Die Genossen und Genossinnen aus beiden Ortsteilen werden ersucht, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, an der Arbeitseinteilung zum Festfest bei Boges, Sonnenbühnenweg, 14, zahlreich teilzunehmen. — Mitglieder-Versammlung findet Freitag, 7 1/2 Uhr, bei Rüdiger, Viktoriapark, am Treptower Park Platz, statt. Wichtige Tagesordnung. Vorher durchsicht um 6 Uhr Funktionär-Treffen. — Das Festfest findet am Sonntag, den 11. Juli, statt. Näheres siehe entsprechende Plakate.
Tempelhofer Freitag, 8 Uhr, Sitzung der Kommunal-Kommission bei Gehrmann, Berliner Str. 61. — Sonnabend, 7 1/2 Uhr, Aktionssitzung bei Beyer, Ringbahnstr. 6.
Wittenau. Heute, 7 1/2 Uhr, Germania-Ordnung, Lützowstr. 66, St. Öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Die jetzige politische Lage und die Stellung der U. E. S. D. zur jetzigen Regierung.

Vereinskalender

Generalrat der Angehörigen. Freitag, 7 1/2 Uhr, Gesellschaftsabend am Hagedorn Markt, Rosenthaler Str. 36. Nachgruppe 17 1/2 (Hotel, Kaffee- und Restaurationsangelegenheiten). Mitglieder-Versammlung Freitag, 7 Uhr, in den Zetteln, Zeit 4.
Verband Selbstgeschändete. Dinsdag Berlin. Sonnabend, den 10. Juli, abends 1/8 Uhr, in der Oberrealschule, Niedermärker Str. 12, Vortrag der Genossen Horst über: Selbstgeschändete und ihre Arbeit und Kräfte. — Sonntag, den 11. Juli, Wanderung nach dem Mühlentee. Abfahrt vom Schloßhof Bahnhof 6.30 Uhr bis 6.45 Uhr.
Deutscher Transportarbeiter-Verband. Köpenicker, Begleiter, Stollente, Kobenarbeiter und Mitschreier aus allen Speditionsbetrieben Berlins! Freitag, 7 Uhr, bei Becker, Beberstr. 17, Brander-Versammlung.
Sozialistische Arbeitervereine Wedding 1. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei Kroll, Ullricher Straße, Ecke Hennigsdorfer Straße, heute 7 Uhr.
Arbeiter-Verein Berlin. Sonntag, den 11. Juli, Redebour Deutscher Arbeiterjug-Feiern. Abf. 5.40 vom Wollener Bahnhof. Gäste willkommen.

Lebensmittelkalender

Milchlieferung. Von heute ab wird bis auf weiteres auf die 51 und 52 Station 1/2 Liter Milch veranlagt. Die übrige Lieferung bleibt unverändert. Berlin. Von heute ab dürfen Pferdefleisch und Pferdefleischwaren, soweit der Abschnitt 3 der Pferdefleisch-Verordnung bereits beliefert ist, auf Abschnitt 4 der Pferdefleisch-Verordnung abgeben und entnommen werden. Die auf einen Abschnitt entfallende Menge beträgt 250 Gramm.
Verantwortlich für die Redaktion: Leo Gieschick, Friedenau
Verantwortlich f. d. Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Kordshorst
Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Freiheit-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Dr. med. Hollaender Berlin W 8
Leibniz Str. 100.
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtsleiden
Harn- u. Blutuntersuchungen
Sprechstunden: 11-12 vorm., 5-7 nachm., Sonntags 11-12
Anschließend Besprechung 11-12, 2-3, 2-30 (Nachnahme)

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtsleiden
Dr. Weissert Invalidenstr. 147
I. Etage, Ecke Bergstr.
Kostenlose Untersuchung und Beratung
über sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10-12 u. 4-8, Sonntags 10-12

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.
Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Salzerisch, Kur-
behandlung schnell, sicher, ohne Bewusstlosigkeit. Mäßige Preise.
Heilanstalt Dr. med. Lommer. 10-1, 4-7 1/2, 8-10-12.
Brunnenstr. 185 (Rosenth. Platz).

Armeepistolen
und Jagdwaffen kaufen
F. W. Gunders & Co.
Gewehrfabrik
Berlin SW 68, Vindobstr. 90.
Kupfer 1.50 Mk.
Messing 1.50 „
Eisen (Tagespreis)
Wahmannstr. 22 im Laden
Schönhauser Allee 80 am Bahnh.

Spezial-Behandlung
für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden; speziell venere
beständige Heilmittel, Ausfluss, nerv. Schwäche, Blasen-
entzündung, Salzerisch-Kuren, Käte-Behandlung, Adrenalin-
Injektionen, etc.
Behandlungen. Geheime Wartezimmer f. Damen u. Herren.
Spezial-Kerzen.
gef. Heilanstalt
nahe Alexanderplatz. — 9-1, 4-8, Sonntags 9-12.

Alt-Papier,
altes gekulltes Papier,
Zeitungen, Zeitschriften,
Bücher, Skripturen usw.
kauft zu höchsten Tagespreisen.
F. W. Seublig,
Neukölln, Hermannplatz 4.
Telefon: Neukölln 7291.

Genossen werbt für die „Freiheit“

Spezial-Arzt Dr. Skott für Geschlechts-,
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
hermännliche Homöiden, Ausschlag, nerv. Schwäche. Gegen Dues
komb. Gelbsucht-Kuren, Blutuntersuchungen. Im ersten und
ältesten Kure-Institut von
Dir. Löser senior
Nur Rosenthaler Str. 69-70
Damen separat
Rosenthaler Platz.

Futterstoffe
Mehlgarne und Gelden kaufen
jeden Pfd. für eigenen
Verbrauch. Zahl höchste Preise.
Allwelsch, Schneidermeister,
Rosentalerallee 52, Babes,
Telephon: Humboldt 246.

III Geld III
für jede Verlecher. Köchliche
Ankassenspreise f. Pfandkassens,
Briketten, Goldbaggerläden,
Teppiche, Bücher, usw. Wolf,
Friedrichstr. 41 M, Ecke Kochstr.

Spezialarzt
Dr. med. Koehn
für Syphilis, Harn-, Frauen-
leiden, Schwäche, Venenkrank-
heit, schnell sicher und schmerzlos
ohne Verlecher. Blut- und Harn-
untersuch. (Geben im Harn).
Friedrichstr. 81, gegenüber
Königsstr. 56-57, gegenüber
Sprecher 10-1, 4-8, Sonnt. 10-12
Leibniz. Separ. Damenzim.

Städtische Bekleidungsstelle
Eigentümerin Stadt Neukölln
Neukölln, Bergstraße 29

Ganz bedeutende Preisermäßigungen
Herren-Konfektion
Anzüge saubere Verarbeitung, gute Stoffe Mk. 650.— 550.— 425.— 345.—
Sommer-Paletots Marengo gefüttert Mk. 345.—
Hosen gestreift Mk. 165.— 145.— 125.— 100.— 75.90
Drell-Anzüge Mk. 50.—

Damen-Konfektion
Kostüme in farbigen, dauerhaften Stoffen, neueste lange Formen jetzt Mk. 515.— 385.— 245.— 185.— 125.—
Sommer-Mäntel in seidenartigen, imprägnierten Stoffen, auch Gummimäntel jetzt Mk. 395.—
Halbschwere Ulster in verschiedenen Farben, modernste Musterungen und Formen jetzt Mk. 325.—
Damen-Röcke in farbig, blau oder schwarz, nur exproble, haltbare Qualitäten jetzt von Mk. 35.50 an
Solide Blusen fürs Haus farbig oder dunkel, dauerhafte Waschstoffe jetzt von Mk. 30.80 an
Elegante Blusen in Batist, Crep de chine, Atlas usw., mit Stickerei und Handhohlsaum jetzt von Mk. 58.— an

Schuhwaren
Damenstiefel
moderne Fassons, extra gute Roh-
chevreaux- und Rind-
lederarten Mk. 106.—
Herrenstiefel
gebogene Arbeit, prima Rind-
boz, kurze moderne
Form Mk. 115.—
Kinderstiefel
bequeme Form,
dauerhafte Qualität,
von Mk. 44.— an

Geschäftszeit von 8-6 Uhr / Fachmännische Bedienung gewährleistet / Warenabgabe ohne Bezugschein an jedermann, auch an Nicht-Neuköllner
Im selben Hause Städtische Besohlanstalt / Reparaturen mit Kernleder prelowert